

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 54 (1974-1975)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Die Jugend-Unrast und unsere politische Zukunft  
**Autor:** Wenger, Pierre  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-162982>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

conférence seront traitées toutes les questions ayant pour objet d'assurer les voies et moyens pour disposer des avoirs allemands, de façon à tenir compte des intérêts suisses aussi bien que des intérêts des Nations Unies...» F.O. 371/49677. – <sup>15</sup>Petitpierre an Hoppenot, Bern 22. Februar 1946. F.O. 371/49677. – <sup>16</sup>Eröffnungsansprache von Mr Randolph Paul. –

<sup>17</sup>Eröffnungsansprache von M. Charguérand. – <sup>18</sup>Eröffnungsansprache von Mr Francis W. Mc Combe. – <sup>19</sup>Privatbesitz. – <sup>20</sup>Stucki an Petitpierre, Washington, 13. Mai 1946. – <sup>21</sup>Eine einlässliche Darstellung des in Washington abgeschlossenen Finanzabkommens in: Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft 98. Jg. 1946, II. Bd. S. 714ff.

PIERRE WENGER

## Die Jugend-Unrast und unsere politische Zukunft

### *Ein beunruhigender Vergleich*

In seiner Rede zur Begründung der Motion betreffend Einleitung einer Totalrevision der Bundesverfassung am 30. November 1965 hat Nationalrat *Peter Dürrenmatt* u. a. gesagt: «Ich gehe so weit, ohne aufbauschen und dramatisieren zu wollen, zu behaupten, wir befänden uns mutatis mutandis in einer ähnlichen Lage wie die Alte Eidgenossenschaft in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.»<sup>1</sup> Bemerkenswertes und beunruhigendes Urteil eines bedeutenden Parlamentariers, Historikers und Journalisten! Ist der Vergleich zulässig? Gibt er zum Verständnis der Gegenwartssituation der Schweiz irgend etwas her?

### *Die innere Situation der Schweiz im 18. Jahrhundert*

Die politische und soziale Situation in der Alten Eidgenossenschaft des 18. Jahrhunderts war gekennzeichnet durch eine Art von politischer Arteriosklerose, eine Erstarrung der Strukturen, die bewirkte, dass vor 1798 alle Ansätze zu einer inneren Erneuerung schon im Keime erstickt wurden. Mit einer – von heute aus gesehen – überdimensionierten Schärfe wurden die

Versuche von einzelnen oder Gruppen, die Privilegien der regierenden Orte und der Aristokratie zu brechen, geahndet. Militärische Besetzung unruhiger Gebiete, wie etwa des Livinentals durch die Urner 1755, der Waadt durch die Berner 1791; hochnotpeinliche Gerichtsverfahren, Todesurteile und Hinrichtungen, wie etwa im Falle Davel 1723, im Fall Samuel Henzi 1749 – das war die Sprache der Regierenden: repressiv im wahrsten Sinne des Wortes, Abschreckung bezweckend im Sinne der Maxime «Wehret den Anfängen»! Unter allen eidgenössischen Staatsmännern jener Zeit gab es nur *einen*, der die Zeichen der Zeit richtig zu deuten verstand und die Überwindung des alten Systems durch Reformen versuchte: Abt *Beda Angehrn* von St. Gallen, der im Oktober 1795 die Auslösung der mit der Leibeigenschaft verbundenen Abgaben, die Aufhebung der kleinen Zehnten, die eigene Wahl der Gemeindevorsteher, die Einberufung einer Landsgemeinde u. a. m. bewilligte.

Die *geistige Elite* der damaligen Schweiz huldigte den Idealen der Aufklärung, setzte sich ein für Toleranz, geistige Freiheit und den Abbau von Privilegien und Vorurteilen. Sie war seit 1761/62 organisiert in der Helvetischen Gesellschaft, deren Mitglieder regelmässig in Bad Schinznach, später in Olten zusammenkamen. Hier wurde diskutiert und geplant, wie die Eidgenossenschaft zu verändern und zu erneuern wäre – weder revolutionär noch konspirativ freilich, denn die meisten dieser Männer gehörten selber der privilegierten Schicht der alten Patriziate an; der Gedanke an Gewaltanwendung gegen ihre Standesgenossen lag ihnen fern. Gleichwohl verboten die Regierungen von Bern, Luzern, Freiburg und Solothurn vorübergehend den Besuch dieser Versammlungen. Aus den Zusammenkünften der Helvetischen Gesellschaft konnte aber kein geschichtswirksamer Impuls für eine rechtzeitige Veränderung der sozialen und politischen Strukturen der Alten Eidgenossenschaft kommen.

Im Winter 1797/98 änderte sich die Szenerie jedoch schlagartig. Der wachsende französische Druck, die Verlegung französischer Truppen von Italien an den Genfersee, die (unblutig verlaufene) Revolution in der Waadt am 24. Januar, die Besetzung der in Lausanne proklamierten «Lemanischen Republik» durch französische Truppen am 28. Januar: all diese Ereignisse bewirkten nun plötzlich eilige Verfassungsrevisionen in Basel, Freiburg, Luzern, Solothurn, Bern, Zürich und Schaffhausen: den früheren Untertanen wurde allenthalben Rechtsgleichheit gewährt; die Regierenden machten sich nun selber zu Anwälten der früher so scharf und rücksichtslos bekämpften Forderungen der Erneuerer. Allein diese überstürzten Reformen kamen zu spät; sie konnten den sozialen und nationalen Schulterschluss nicht mehr bewirken, der die Schweiz befähigt hätte, dem militärischen Angriff der Franzosen im März 1798 erfolgreich zu widerstehen.

So wurde Bern am 5. März von seinen Verbündeten im Stich gelassen; trotz vorzüglicher militärischer Vorbereitung und Rüstung verlor es den Abwehrkampf in weniger als 24 Stunden, und die Alte Eidgenossenschaft brach ruhmlos zusammen.

Typisch für diesen Prozess ist das Beispiel von Zürich. Noch im Jahre 1795 hatte die bloss *Anfrage* der Häupter der Gemeinde *Stäfa* an den Rat von Zürich, wie es sich mit der Rechtsgültigkeit einiger alter Dokumente verhalte, die der Landschaft ein gewisses Mitspracherecht gesichert hatten, eine überaus scharfe Reaktion der Zürcher Behörden ausgelöst: Zitation der Stäfner zur Kriminaluntersuchung, und als sie dieser nicht folgten: Ultimatum an die Gemeinde, Besetzung mit 2000 Mann aufgebotener Milizen, Verhaftung der Häupter der Gemeinde, Prozess vor dem Grossen Rat, dank wiederholter Interventionen *Lavaters* Sieg einer «ausserordentlichen Clementz», welche bewirkte, dass die «Schuldigen» nicht zum Tode, «nur» zu lebenslänglicher beziehungsweise zehn- bis zwanzigjähriger schwerer Haft verurteilt wurden; gleichwohl Scheinhinrichtung von Säckelmeister *Johann Jakob Bodmer* von Stäfa auf dem Rabenstein, zum Zeichen dafür, dass er sein Leben eigentlich verwirkt habe...

Das geschah am 3. September 1795. Zwei Jahre und fünf Monate später aber beeilten sich die Gnädigen Herren, den Begehren des Landvolks zu entsprechen. Unter der Führung von Bürgermeister *David von Wyss*, dem an der Tagsatzung von Aarau die Augen aufgegangen waren und der nun auch dem Grossen Rate – wie er selber sagte – «den Vorhang wegzog», gewährte die Stadt am 5. Februar 1798 dem Lande volle Gleichberechtigung. Die Stäfner waren schon am 30. Januar freigelassen und im Triumph heimgeführt worden. Der Übergang zur neuen Verfassung aber war schwierig, gefahrvoll und spannungsreich; allzu gross war das Misstrauen auf beiden Seiten. Erst am 13. März trat die alte Zürcher Regierung zurück. Bern war inzwischen gefallen; der Vorort Zürich war seiner inneren Spannungen wegen nicht in der Lage gewesen, der Aarestadt wirksame militärische Hilfe zu leisten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhange der Umstand, dass dem Truppenaufgebot, das von Zürich auf Berns Mahnung vom 2. Februar hin erlassen worden war, vom Landvolk kaum Folge geleistet wurde, so dass nur etwa 1200 Mann nach Bern entsandt werden konnten!

Die geschichtliche Essenz der kurz skizzierten Zustände und Vorgänge in der Alten Eidgenossenschaft des 18. Jahrhunderts ist die folgende:

1. Eine neue Ideologie hatte die geistige Avantgarde der Schweiz im 18. Jahrhundert erfasst: sie forderte tiefgreifende politisch-soziale Strukturveränderung.

2. Die politisch Verantwortlichen erwiesen sich mit einer Ausnahme als unfähig, die Notwendigkeit solcher Veränderung zu erkennen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Es fehlte ihnen das, was man von Politikern zu allen Zeiten vor allem fordern muss: Weitsicht. Sie klammerten sich ängstlich und verbohrt an geschichtlich überholte Privilegien. Sie versäumten es mithin, die politischen und sozialen Strukturen *sturmfest* zu machen, das heisst sie so zu gestalten, dass sie schweren inneren und äusseren Belastungsproben gewachsen gewesen wären.
3. Eine plötzliche und radikale Veränderung der aussenpolitischen und strategischen Situation erzwang eine späte und recht eigentlich revolutionäre Anpassung der Strukturen. Diese Anpassung kam aber nicht mehr rechtzeitig genug, um die ehemaligen Untertanen dazu zu veranlassen, sich mit ihrem Staat wirklich zu identifizieren und ihr Leben für seinen Fortbestand einzusetzen. So fehlte es der Schweiz im Frühling 1798 in entscheidender Weise am inneren Zusammenhalt. Die Folge war die Jahre dauernde Besetzung durch fremde Heere; die Schweiz wurde zum Kriegsschauplatz für andere Staaten, wurde ausgeplündert, ruiniert, in tiefe Not gestürzt und blieb auf mehr als zwei Jahrzehnte hinaus politisch völlig vom Ausland abhängig.

### *Die innere Situation der Schweiz in der Gegenwart*

Selbstverständlich können, wenn wir die Schweiz von heute mit derjenigen des 18. Jahrhunderts vergleichen, die Unterschiede der Ausgangslage nicht übersehen werden! Unser politisches System ist im Gegensatz zu demjenigen des 18. Jahrhunderts demokratisch und liberal. Es herrscht völlige Meinungsfreiheit. Alle politischen Ansichten, selbst revolutionäre, selbst solche, die die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie selber angreifen, können ungestraft geäussert werden. Die Volksrechte Referendum und Initiative zwingen die Regierenden, stets auf Stimmungen und Willensrichtungen im Volk Rücksicht zu nehmen; die Institution der Volksinitiative insbesondere ermöglicht ständige Veränderung und laufende Anpassung an gewandelte Situationen auf verfassungsmässigem und legalem Wege. Lauter Dinge, die es im 18. Jahrhundert nicht einmal in Ansätzen gab!

Seit Jahren aber greift in unserem Lande ein Unbehagen um sich. Die Schweiz ist innerlich nicht mehr richtig im Lot. Ihr Selbstverständnis ist in schwer fassbarer Weise in Frage gestellt. «Wir alle spüren: der Wurm ist im Apfel.»<sup>2</sup> Unsere berühmtesten Schriftsteller befinden sich in Opposition zu dem in unserem Lande herrschenden gesellschaftlichen System. Hier ist

eine offenkundige Parallele zum 18. Jahrhundert nicht zu übersehen: eine geistige Avantgarde lehnt die herrschenden Zustände ab. Dies gilt aber für unsere Tage noch in verstärktem Masse: denn der politisch aktivste und am stärksten motivierte Teil unserer *Jugend* ist revolutionär gesinnt und will eine radikale, durch Gewaltanwendung zu erzwingende Änderung nicht nur unserer ökonomischen und sozialen, sondern auch unserer politischen Strukturen. Wenn uns irgend etwas tief nachdenklich stimmen muss, so ist es diese radikale Ablehnung unserer Gesellschaft durch die eigentlichen «opinion leaders» der jungen Generation. Obschon unsere Wirtschaft immer noch blüht, unser Staat immer noch funktioniert, befinden wir uns doch unverkennbar ideologisch in einer Krise: einer Krise des Selbstvertrauens und Selbstverständnisses, unseres inneren gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Der leider viel zu früh verstorbene *Max Imboden* hat ihre Symptome schon 1964 erkannt und beschrieben in seinem aufrüttelnden Büchlein «Helvetisches Malaise»<sup>3</sup>. Die «Ursachen» des Malaise würde er heute, so glauben wir, anders umschreiben als damals. Auch wenn er sie 1964 noch nicht deutlich zu erkennen vermochte, so spürte er doch: grundlegender Strukturwandel tut not. Und er sah voraus, was geschehen könnte, wenn dieser Strukturwandel nicht einträte: «In der Ferne zeigt sich die Möglichkeit einer plötzlichen und ungestümen explosiven Entladung»<sup>4</sup>.

In voller Schärfe wurde das Malaise erst gegen Ende der sechziger Jahre artikuliert, und zwar geschah dies durch die vor allem nach den Maiunruhen von 1968 in Paris schlagartig wie Pilze aus dem Boden schiessenden jungen Wortführer der Neuen Linken. Das Malaise bekam nun eindeutig eine sozialkritische, antikapitalistische, klassenkämpferische Stossrichtung. An unseren Mittel- und Hochschulen entstanden revolutionäre marxistische Gruppen, die in der Folge sehr dominant in Erscheinung traten. Ihre Stosskraft und Brisanz zu unterschätzen, wäre eine gefährliche Fehlleistung. Wir werden uns nachher noch mit derartigen Fehldeutungen zu beschäftigen haben. Die mit grossem Ungestüm und nicht erlahmender Energie vorgetragene politische Aktion der Neuen Linken hat bereits eine sehr bedeutsame Klimaänderung bewirkt: wir meinen die zunehmende Infragestellung der Politik der sogenannten Sozialpartnerschaft, die in der Schweiz seit dem Inkrafttreten des ersten Gesamtarbeitsvertrages im Jahr 1937 fast zu einem Dogma geworden war: einem Dogma, von dem man glaubte, es würde nie wieder diskutiert. *Hermann Glaser* hat diese Wirkungen der Aktivitäten der Neuen Linken sehr treffend mit der Feststellung umschrieben, die «Vorstellungen von einer harmonischen Gesellschaft» hätten «erhebliche Stösse dadurch bekommen, dass die Jugend mit Hilfe eines marxistisch-dialektischen Instrumentariums die kaschierten Probleme und damit die gesellschaftliche Selbsttäuschung blossstellte»<sup>5</sup>.

*Drei Fehldeutungen*

Einer ähnlichen Selbsttäuschung dürften alle jene erliegen, die die Aktivitäten der Neuen Linken zu bagatellisieren trachten. Damit kommen wir auf die oben erwähnten Fehldeutungen zu sprechen. Wir nennen deren drei:

*Erstens die statistisch-quantitative Fehldeutung.* Sie lautet: «Diese Gruppen stellen eine ganz kleine, fanatische und doktrinäre Minorität dar. Die Mehrheit schweigt zwar, ist aber gegen sie eingestellt.» Wer so denkt und argumentiert, der übersieht, dass in geschichtlichen Prozessen nicht die Zahl entscheidet, sondern die Motivation der Individuen, ihre Entschlossenheit und moralische Kraft. Der Berner Historiker und Soziologe *Erich Gruner* hat in einer aufschlussreichen Studie über den «Aufbruch der Jugend in Schule und Gesellschaft» betont: «Es besteht kein Zweifel, dass die ‹Neue Linke› schon respektable Erfolge aufzuweisen hat, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, weil die Geschichte immer von Minderheiten gemacht wird. ‹Es ist ja nur eine Minderheit›, hört man beruhigend sagen, wenn wieder einmal etwas passiert ist. Der Erfolg winkt ihr aber gerade deswegen, weil sie eine entscheidende Minderheit ist.»<sup>6</sup> Es ist ausserdem zu bedenken, dass die heute noch fehlende Massenbasis revolutionärer Tendenzen sich unerwartet schnell bilden könnte, sollte es aus irgend einem Grunde zu schweren Störungen unseres Wirtschaftslebens kommen!

*Zweitens die Fehldeutung der falschen Analogie.* Sie lautet: «Das haben wir, bloss mit umgekehrtem Vorzeichen, alles schon einmal erlebt: eine radikale politische Modeströmung bei der Jugend, die kommt und dann wieder verschwindet. In den dreissiger Jahren war das die faschistisch-frontistische Bewegung, heute ist es die linksextremistische. Rechtsfaschismus damals, Linksfaschismus heute: Faschismus so oder so und damit blosses Moderscheinung.» Wer so argumentiert, dem fehlt der entscheidende Massstab der *geschichtlichen Grundtendenz*: diese ist aber unzweifelhaft auf soziale Gerechtigkeit im Sinne der *Gleichheitsidee* gerichtet. Der Egalitarismus erweist sich als das virulenteste Erbgut der Aufklärungsideologie. Das hat schon vor 142 Jahren *Alexis de Tocqueville* klar erkannt, als er über die egalitäre Tendenz schrieb: «Tous les hommes et tous les pouvoirs qui voudront lutter contre cette puissance irrésistible seront renversés et détruits par elle.»<sup>7</sup> In unseren Tagen hat es *Friedrich Dürrenmatt* in seinem «Monstervortrag über Gerechtigkeit und Recht»<sup>8</sup> neu so formuliert, dass das Prinzip der absoluten Gerechtigkeit sich fraglos gegen das Prinzip der absoluten Freiheit durchsetzen werde. «Sozialismus», so hat ein anderer, noch bedeutenderer Denker unseres Jahrhunderts, nämlich *Karl Jaspers*, geschrieben, «ist der Grundzug unseres Zeitalters»<sup>9</sup>. Vor der Folie dieser universellen Tendenz erweist sich der frontistische Rechtsradikalismus als eine falsche,

weil gegenläufige Strömung; der Linksradikalismus aber liegt geschichtlich gesehen, das heisst bezüglich seiner Zielsetzung, richtig, auch wenn man mit einem gewissen Recht sagen kann, seine Methoden seien reaktionär.

*Drittens die psychologisierende Fehldeutung.* Sie lautet in der Essenz etwa folgendermassen: «Die Ideologie der Neuen Linken, ihr Radikalismus und ihre revolutionäre Tendenz sind Ausdruck unbewusster psychischer Konflikte, neurotischer Fehlhaltungen und kompensatorischer Aggressivität ihrer Träger. Die ideologische Begründung ihres Tuns dient der Rationalisierung ganz anders gearteter Probleme, die auf die Aussenwelt, die Gesellschaft, «das System» projiziert werden.» Diese Deutung ist zwar als *psychologischer* Erklärungsversuch an sich *nicht falsch*. Falsch ist lediglich die *Psychologisierung* des Problems im Sinne der Reduktion auf eine einzige (psychopathologische) Betrachtungsweise; falsch ist also der *Ausschliesslichkeitsanspruch*, mit der diese Deutung oft vorgetragen wird. Denn in allen grossen Konflikten der Geschichte stellten unbewusste Probleme und Spannungen eine entscheidende Triebkraft des Geschehens dar. «Die um *einer* Sache willen beginnende Krisis hat den übermächtigen Fahrwind vieler anderen Sachen mit sich» (*J. Burckhardt*). Auch ist zu bedenken, dass neurotisch motivierte Aktivitäten nur dann gesellschafts- und geschichtsmächtig werden können, wenn Konfliktstoff *objektiv gegeben* ist. Wäre die ausschliesslich psychologisierende und dadurch verharmlosende Deutung richtig, so wäre *Martin Luther*, der unzweifelhaft ein Neurotiker war<sup>10</sup>, nie zu einem geschichtlichen Faktor von so überragender Bedeutung geworden. Eh und je haben unbewusste Motive, haben insbesondere Angst und Aggression objektiv gegebene Probleme gewissermassen aufgeladen, objektiv vorhandene Spannungen als Katalysatoren ausgelöst, verschärft und verstärkt.

### *Zentrum des Problems*

Wir nähern uns langsam dem Zentrum unseres Problems. Es ist mit dem Stichwort der «objektiv gegebenen Faktoren» anvisiert worden. Die andauernd weiterschwelende Jugend-Unrast vermögen wir nicht als vorübergehendes Fieber zu sehen. Wir halten sie vielmehr für das Symptom einer *objektiven Spannung*, die sich aus einem Ungleichgewicht in der sozio-ökonomischen Struktur unserer Gesellschaft ergibt, einem Ungleichgewicht, das sich ausserdem in vielen anderen Symptomen manifestiert: zu nennen wären die Stichworte Umweltzerstörung, Fremdarbeiter- und Übervölkerungsprobleme, Wohnungsmangel, Verkehrschaos, Drogensucht, und schliesslich das unheilswangerste: Inflation. Das heisst, dass ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Prinzip, das noch vor 15 Jahren als normal



und gesund gelten konnte, durch seine *Übersteigerung* Auswüchse und Krankheitserscheinungen produziert hat, von denen eine stark verunsichernde Wirkung ausgeht. Es ist wohl zu beachten, dass die Verunsicherung nicht nur die Jugend erfasst hat, sondern auch – wenngleich in weniger klarer Artikulation – die in politischer und ökonomischer Verantwortung stehende Generation. Der Historiker weiss aber, dass eine geschichtliche Krise dann ein besonders dramatisches Stadium erreicht hat, wenn nicht nur die Kontestierenden vom Zweifel erfasst sind, sondern auch die in Staat und Gesellschaft führenden Schichten. Es gibt in einer solchen Lage nach geschichtlicher Erfahrung zwei Möglichkeiten: die Reaktion der Angst oder die Reaktion selbstkritischen Überprüfens. Die Reaktion der Angst produziert faschistische oder faschistoide «Law-and-Order»-Regimes, die Reaktion des Nachdenkens eröffnet, wenn sie *rechtzeitig* erfolgt, vielleicht die Chance evolutionären Strukturwandels. Die Reaktion der Angst führt, wie wir wissen sollten, nach anfänglichen Scheinerfolgen in katastrophale geschichtliche Sackgassen. Die Reaktion des Nachdenkens kann uns helfen, lebensgefährliche Stromschnellen zu meistern. Wir laden daher ein zur Reaktion des Nachdenkens beziehungsweise des selbstkritischen Überprüfens.

#### *Vier Faktoren von entscheidender Bedeutung*

Unsere geschichtliche Lage ist durch ein mögliches konzentrisches und damit potenzierendes Zusammenwirken von vier Faktoren gekennzeichnet: nämlich der allgemeinen Ideologiekrise des 20. Jahrhunderts, einer folgenreichen Veränderung der internationalen strategischen Situation, auf uns zukommenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und schliesslich der Jugend-Unrast. Nur wer diese vier Faktoren gleichzeitig ins Auge fasst, kommt – so glauben wir – zu einer einigermaßen schlüssigen Beurteilung unserer Situation. Wir möchten diese Faktoren wie folgt umschreiben:

1. *Die allgemeine Ideologiekrise der Menschheit.* Sie ist gegeben durch das Verblässen oder die nachlassende Prägekraft der grossen religiösen Ideologien, vor allem der christlichen und der buddhistischen, weniger der islamischen. Da aber der Mensch ohne Ideologie offenbar nicht zu leben vermag, ruft der weltweite Ideologiezerfall einem kompensatorischen Ideologiehunger<sup>11</sup>. «Die politische Ideologie», so lehrt uns *Eduard Spranger*, «ist ein geistiger Motor ... aus Wille und Gefühl geboren, nicht aus dem blossen Intellekt.» Sie «drückt aus, wofür man lebt»<sup>12</sup>. In das durch den Zerfall der religiösen Jenseits-Ideologien entstehende Ideologie-Vakuum dringt nun

offenbar – auf jeden Fall *vorläufig* – der Marxismus ein. Denn er ist unter allen neuen Ideologien jene, die die stärksten mythischen Zukunftserwartungen auslöst, er ist die Heilslehre mit dem grössten utopischen Gehalt. Ähnlich war es in der Spätantike, als die altüberlieferten religiösen und sittlichen Grundlagen der griechisch-römischen Welt zerfielen, der ideologische Leerraum aber von neuen orientalischen Religionen ausgefüllt wurde, von denen sich dann die christliche als die stärkste erwies, weil sie die mächtigste utopische Botschaft verkündete. In solchen Glaubens- und Ideologiekrisen setzt sich nicht die philosophisch richtigere Lehre durch, sondern jene, an die sich die stärksten mythischen Zukunftshoffnungen knüpfen. Nur wer das nicht zu sehen vermag, kann die marxistischen Ideen für «Requisiten aus der Mottenkiste des 19. Jahrhunderts» halten.

2. *Die Veränderung der internationalen strategischen Situation.* Sie ist dadurch gekennzeichnet, dass die globalstrategische Balance sich seit einigen Jahren zugunsten der Sowjetunion und zu Ungunsten der Vereinigten Staaten verschiebt. Da das nukleare Gleichgewicht bis anhin den Ausbruch eines Weltkrieges verhindert hat, ist der Laie immer wieder geneigt, an das Vorhandensein eines strategischen Gesamtgleichgewichts zu glauben. Die Sowjetunion besitzt aber de facto bereits ein markantes Übergewicht, das mit jedem Tag weiter wächst. Die Erprobung von Mehrfach-Sprengköpfen in der Sowjetunion zeigt an, dass das im SALT-I-Abkommen erzielte nukleare Gleichgewicht bereits wieder in Frage gestellt ist. Zu Wasser und zu Lande rüstet die Sowjetunion aber ebenfalls gewaltig auf. Was Europa im speziellen anbelangt, so kommen als weitere Faktoren noch hinzu: die Resolutionen des US-Senators *Mansfield*, die eine Reduktion der in Europa stehenden amerikanischen Truppen um 50% anstreben, sowie der Übergang der USA zum Freiwilligen- und Berufsheer, der mit der Ungewissheit verbunden ist, ob die vorgesehenen Bestände, nämlich ein Heer mit 13 Divisionen und 800 000 Mann, tatsächlich erreicht beziehungsweise gehalten werden können. Die Staaten Mittel- und Westeuropas werden allenfalls entstehende militärische Lücken angesichts der zunehmenden Wehrunwilligkeit ihrer öffentlichen Meinungen wohl kaum ausfüllen. Summa: das strategische Gewicht der UdSSR wird in Europa in zunehmendem Masse fühlbar werden, was sich vermutlich als wachsender Druck zugunsten von politischen Tendenzen, die von der Sowjetunion positiv beurteilt werden, auswirken wird. Dabei ist zu beachten, dass solcher Druck unter den möglichen Varianten sowjetischer Einflussnahme die mildeste darstellt!

3. *Bevorstehende wirtschaftliche Schwierigkeiten.* Die Energiekrise, die im Gefolge des Jom-Kippur-Krieges vorzeitig begonnen hat, hat der westlichen Welt, der Welt der Demokratie und der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, einen schweren Stoss versetzt. Die jahrzehntelang an-

dauernde Wachstumseuphorie hat plötzlich einem tiefen, fast irrationalen Pessimismus Platz gemacht. Nun ist zweifellos auch bei nüchterner Betrachtung mit grossen Schwierigkeiten fast sicher zu rechnen. Eine Lösung der Währungs- und Zahlungsbilanzprobleme ist nicht in Sicht. Eine Verknappung und damit Verteuerung der Grundnahrungsmittel wie auch der Industrie-Rohstoffe ist bereits eingetreten; wir müssen uns ohne Zweifel auf eine Zunahme dieser Schwierigkeiten gefasst machen. Die begrenzten Möglichkeiten einer erweiterten Energieproduktion wie auch die bedenklichen Folgen zunehmender Pollution (wobei nicht nur an Gewässer- und Luftverschmutzung, sondern vor allem an die thermische Pollution zu denken ist) zwingen zu einer Begrenzung des quantitativen Wirtschaftswachstums. Dies wird aber unweigerlich zu einer Verschärfung der Konflikte um die Verteilung des Sozialproduktes führen. Die Inflation – die angesichts des Kostendrucks auf dem Sektor der Grundstoffe wohl kaum unter Kontrolle wird gebracht werden können – wird diese Konflikte zusätzlich akzentuieren<sup>13</sup>. Diese Schwierigkeiten könnten freilich bei intakten und gesunden Sozialstrukturen alle gemeistert werden. Der Pessimismus und Defaitismus, mit dem viele führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik sie heute beurteilen, ist aber in unseren Augen ein fast sicheres Indiz dafür, dass unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem den wahrscheinlich auf es zukommenden Belastungsproben nicht gewachsen sein wird. Der Leser möge sich nicht dadurch zu beruhigen versuchen, dass er unsere Darstellung zu pessimistisch nennt! Sie hält sich an lauter klar erkennbare Indikatoren. Gerade wer unsere Lage nüchtern und frei von Illusionen und Wunschdenken beurteilt, kann tiefen Zweifeln an der Überlebensfähigkeit des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems nicht ausweichen.

4. Die *Jugend-Unrast*. Wir haben uns über dieses Thema bereits ausgiebig geäussert. Im Zusammenhang mit unseren obigen Überlegungen sei jetzt nur noch das folgende gesagt: die Unrast der Jugend verleiht den wahrscheinlich auf uns zukommenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine besonders dramatische Note. Deshalb vor allem, weil der marxistische Linksradikalismus gewissermassen «ante portas» steht: er wartet auf seine Stunde. Und diese Stunde könnte kommen, wenn unser wirtschaftliches System versagt, weil sozial befriedigende Lösungen für die sich auftürmenden Probleme nicht mehr gefunden werden, aber auch weil die Exponenten dieses Systems von Zukunftsangst und lähmender Unsicherheit befallen sind.

### *Schlussfolgerungen*

Worum geht es heute in unserem Land? Was muss unser gemeinsames oberstes Ziel sein? Wir sprechen jetzt bewusst nicht von den menscheit-

lichen Zielen, die heute (man denke nur etwa an die thermische Pollution oder die Gefahr eines Nuklearkrieges) vor den nationalen den Vorrang besitzen. Wir wollen uns auf die Probleme *unseres Landes* beschränken. Hier zählt in letzter Instanz nur eines: *das Überleben unseres Volkes in der Freiheit der Selbstbestimmung und der Selbstachtung und in ungebrochener Achtung vor den Menschenrechten*. Nicht diese oder jene Ideologie, nicht dieses oder jenes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem geben den Ausschlag, sondern die freie Entscheidung unserer Nation. Es ist zu vermeiden, dass eine solche Entscheidung uns von irgendwem aufgezwungen wird, sei es von aussen, das heisst den Machthabern eines fremden Staates, sei es von innen, das heisst von einer Minorität. Das wird aber wahrscheinlich nur gelingen, wenn wir unsere politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen *sturmfest* zu machen verstehen, das heisst – und damit wiederholen wir die Umschreibung, die wir am Anfang unserer Studie gewählt haben – sie so zu gestalten vermögen, dass sie schweren inneren und äusseren Belastungsproben gewachsen sind. Das sind sie gegenwärtig nach unserer Überzeugung *nicht*. Zu gross ist die allgemeine Verunsicherung. Das herrschende System ist, genau entsprechend der Definition, die *Chalmers Johnson* in seinem glänzenden Buch «*Revolutionary Change*»<sup>14</sup> gegeben hat, durch Machtdeflation und Autoritätsverlust gekennzeichnet. In Situationen sozialen Ungleichgewichts, so lehrt uns *Johnson*, ist zu prüfen, «welche Elemente der Wertstruktur unentbehrlich für den Fortbestand der Kultur sind»<sup>15</sup>. *Unentbehrlich* in diesem Sinne sind nach unserer Meinung:

1. Das Festhalten an den *rechtsstaatlichen Grundsätzen*, weil diese die einzig zuverlässige Garantie für den Schutz der Menschenrechte darstellen; weil der Übergang vom Rechtsstaat zum Willkürstaat Katastrophen von der Art möglich macht, wie sie uns im «*Archipel Gulag*» geschildert worden sind.

2. Das Festhalten an unserer *demokratischen Ordnung und Willensbildung*, ja sogar deren Ausbau, weil nur so schwere Spannungen und Frustrationen der Mehrheit oder vereinzelter Minderheiten und durch sie bewirkte Explosionen und Gewaltakte vermieden werden können; weil, mit andern Worten, nur eine demokratische Ordnung das Lebensglück unseres Volkes sichern kann.

Solch zähes Festhalten an unaufgebbaren Grundsätzen menschlichen Zusammenlebens kann aber nur erfolgreich sein, wenn es gepaart ist mit Lernbereitschaft, Wandlungsfähigkeit und Willen zu tiefgreifenden Strukturreformen im wirtschaftlich-sozialen Bereich. Wir nennen hier die Stichworte: *Mitbestimmung in den Betrieben*, Bodenrecht, Korrektur der Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen, Transparenz der politischen und wirt-

schaftlichen Entscheidungsprozesse, Entflechtung der Macht- und Entscheidungskumulationen. Nichts wäre uns hinderlicher und würde unseren Blick stärker trüben als die Angst vor dem Wagnis einerseits und vor dem Verlust von Privilegien andererseits.

### *Ausblick*

Tiefgreifende Strukturveränderung ist, das dürfen wir vor allem nicht übersehen, angesichts möglicher Bedrohungen der Zukunft ein Gebot nationaler Strategie, ein *sicherheitspolitischer Imperativ*. In dem hervorragenden «Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz» steht geschrieben, der innenpolitische Zustand des Staates sei «ein entscheidender Faktor seiner Strategie». «Wenn der Wille, sich zu behaupten, fehlt und der nationale Zusammenhalt brüchig wird, werden strategische Konzeptionen gegenstandslos.»<sup>16</sup> Und gleich danach: «Der Wille, die staatliche Gemeinschaft zu verteidigen, wird wesentlich davon abhängen, ob sich diese Gemeinschaft als lebendig erweist, das heisst auch als *fähig zu Reform und Modernisierung*, und ob eine gerechte Gesellschaftsordnung herrscht.»<sup>17</sup> Und *Gustav Däniker* gibt in seinem neuesten Buch<sup>18</sup> zu bedenken: «Es ist unbestritten, dass auch der vernünftige Fortschritt, die Evolution, die bestehenden Strukturen angreift. Wer die Zukunft will, muss die Gegenwart in Frage stellen.»

Wir werden schlecht beraten sein, wenn wir uns vor der *Angst vor «Systemveränderung»* nicht freimachen. «Nichts ist, das ewig sei, kein Erz, kein Marmelstein ...»: auch kein gesellschaftliches System. Der Wandel kommt ohnehin, denn er ist geschichtliches Lebensgesetz; die Frage ist nur, ob wir ihn bejahen oder ob wir uns ihm – ohne Aussicht auf mehr als einen Scheinerfolg – entgegenstemmen.

Nun lässt sich gewiss sagen, die Chancen einer evolutionären Veränderung müssten in unserem Lande nicht pessimistisch beurteilt werden. Denn zweifellos befindet sich die Schweiz dank den Volksrechten in einem dauernden Wandel. Die Frage ist heute freilich, ob der Wandel *rasch genug* erfolgt; insbesondere ob er in den nächsten Jahren mit dem Tempo der geschichtlichen Entwicklung Schritt halten können. Es ist zu bedenken, dass in akuten Krisensituationen unser demokratischer Apparat mit Initiative, Vernehmlassung, parlamentarischer Beratung und eidgenössischer Volksabstimmung *viel zu langsam* arbeiten wird, als dass er geeignet wäre, explosive Entwicklungen zu verunmöglichen. Es ist daher unbedingt dafür zu sorgen, dass *mögliche Voraussetzungen derartiger explosiver Entwicklungen rechtzeitig* beseitigt werden. Unser Volk denkt heute wohl noch – da

es sich mehrheitlich in einer günstigen ökonomischen Lage befindet – mehrheitlich konservativ, und hier liegt zweifellos eine unserer innenpolitischen Hauptschwierigkeiten. Unser Volk vermag die Gefährdungen, die auf es zukommen, nicht oder nicht deutlich genug zu erkennen. Um so wichtiger wäre es, dass die Verantwortlichen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vorausdenken: zukunfts offen, kühn und progressiv im guten Sinne des Wortes. Auf ihnen ruht heute die Last der Verantwortung für die Zukunft unseres Volkes. Wie wird eine spätere Geschichtsschreibung über sie urteilen? Wird sie sagen: «Sie waren auf der Höhe ihrer Aufgabe, sie haben ein ängstlich widerstrebendes Volk von der Notwendigkeit tiefgreifender Veränderung überzeugt und kühn in eine neue Zukunft hineingeführt?» Oder wird man gleich urteilen müssen wie *Peter Dürrenmatt* über die Regierungen des 18. Jahrhunderts: «Damals fehlte dem in der politischen Verantwortung stehenden Geschlecht die Kraft, den alten Bund an Haupt und Gliedern zu erneuern. So wurde er in den Sog der geschichtlichen Entwicklung hinein gerissen»<sup>19</sup>?

<sup>1</sup>Karl Obrecht, Peter Dürrenmatt, Ludwig von Moos, Motionen zur Totalrevision der Bundesverfassung / Antworten des Bundesrates. Bern 1967, S. 42. – <sup>2</sup>Ausspruch des ehemaligen Präsidenten der westdeutschen Bundesbank, Karl Blessing (aus dem Gedächtnis zitiert). – <sup>3</sup>Max Imboden, Helvetisches Malaise. Zürich (EVZ-Verlag) 1964. – <sup>4</sup>Op. cit. S. 5. – <sup>5</sup>Hermann Glaser, Radikalität und Scheinradikalität. Zur Sozialpsychologie des jugendlichen Protests. München 1970, S. 104. – <sup>6</sup>Erich Gruner, Der Aufbruch der Jugend in Schule und Gesellschaft. In: *gymnasium helveticum* 5/1971, S. 425 ff. – <sup>7</sup>Alexis de Tocqueville, «Oeuvres complètes», Tome I: De la Démocratie en Amérique. Paris (Gallimard) 1951. Band II, S. 104. – <sup>8</sup>Friedrich Dürrenmatt, Monstervortrag über Gerechtigkeit und Recht nebst einem helvetischen Zwischenspiel (Eine kleine Dramaturgie der Politik). Zürich 1969. – <sup>9</sup>Karl Jaspers, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte. Zürich (Artemis) 1949, S. 221. – <sup>10</sup>Vgl. dazu: Preserved Smith: Luther's Early Development in the Light of Psychoanalysis. *American Journal of Psychology*, XXIV (1913). Etwas vorsichtiger Erik H. Erikson, *Young Man Luther, A study in*

*Psychoanalysis and History*, New York 1958. – <sup>11</sup>Vgl. dazu Ulrich Saxer, Studenten auf der Suche nach einem Sinn. *NZZ*, 10. Mai 1968, Morgenausgabe, Nr. 286. – <sup>12</sup>Eduard Spranger, Wesen und Wert politischer Ideologien. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 2. Jg. 1954, S. 122/23. – <sup>13</sup>Vgl. zum Problem der Inflation im Rahmen unserer Fragestellung: Peter Atteslander, Gesellschaftspolitische Folgen der Inflation. *NZZ*, 14. Juli 1974, Nr. 321 (Fernausgabe Nr. 191). Besondere Beachtung verdient die «These, dass die Inflation lediglich ein Symptom für eine tieferliegende Gesellschaftskrise darstelle». – <sup>14</sup>Chalmers Johnson, *Revolutionary Change*. New York 1966. Deutsche Übersetzung: *Revolutionstheorie*. Köln, Berlin 1971. – <sup>15</sup>Zit. nach der deutschen Übersetzung (vgl. Anm. 14), S. 114. – <sup>16</sup>Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (Konzeption der Gesamtverteidigung) (vom 27. Juni 1973), S. 18. – <sup>17</sup>S. 20. – <sup>18</sup>Gustav Däniker, *Europas Zukunft sichern*. Stuttgart 1973, S. 83. – <sup>19</sup>In der Begründung der Motion betr. Einleitung einer Totalrevision der Bundesverfassung, a.a.O. (vgl. Anm. 1), S. 42.